

Haushaltsrede 2022 der Freien Wähler Aalen

Gemeinderatssitzung am 24.11.2022
Fraktionsvorsitzender Claus Albrecht

Sperrvermerk: Beginn der Rede
Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Besucherinnen und Besucher,

in 3 bis 4 Jahren wird man über das wirtschaftlich schlecht vorausgesagte Jahr 2022 sagen: Es war das letzte gute Jahr! - bezogen auf die jahrelange Phase des volkswirtschaftlichen Aufschwungs mit Rekordsteuereinnahmen, die sich dann auch noch Jahr für Jahr deutlich übertrafen.

Tatsächlich ist:

die Corona-Pandemie alles andere als vorbei,
der Ukraine-Krieg tobt weiter und
die Energiekrise steht gerade erst am Anfang.

Der Ifo-Geschäftsklima-Index ist im Oktober 2022 auf 84,3 Punkte weiter gesunken, und die Stimmung in der deutschen Wirtschaft bleibt weiterhin düster. Folgerichtig: Alles andere als rosige Aussichten!

Und deshalb ist es für die Fraktion der Freien Wähler Aalen schon einmal mehr als beruhigend, dass zumindest im laufenden Jahr 2022 keine neuen Schulden aufgenommen werden müssen. Gegenüber dem Höchstschuldenstand im Jahr 2010, da waren es rund 67 Millionen Euro, können wir unsere Schulden bis zum Jahresende mehr als halbieren. Sie werden am 31.12.2022 laut Kämmerei auf rund 27 Millionen Euro sinken.

Für das Jahr 2023 erwarten wir eine Rekordsumme beim Gesamtsteueraufkommen in Höhe von rund 165 Millionen Euro. Höchst erfreulich auch die aktuelle Gewerbesteuerschätzung für 2023 in stabiler Höhe mit 49 Millionen Euro.

Und diese Zahlen beschreiben in eindrucksvoller Art und Weise die Leistungskraft unserer sehr robusten heimischen Wirtschaft.

Ich möchte mich hier im Namen der Fraktion der Freien Wähler Aalen vor allem bei Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistern, also bei allen Gewerbesteuerzahlern, ganz besonders für ihre herausragende Arbeit in unserer Stadt bedanken. Dies ist gerade für die Finanzierung unseres Haushalts ein enorm wichtiger und stabiler Eckpfeiler.

Wir halten es im Übrigen für absolut angemessen, die Hebesätze für Gewerbe- und Grundsteuer stabil zu belassen und nicht zu erhöhen, um Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger in äußerst schwierigen Zeiten nicht noch weiter zu belasten. Denn wir erleben in Deutschland eine bislang ungekannte Inflation.

Dazu ein Schlagwort: Inflation erhöht die Gesamtsteuereinnahmen des Staates. Man muss wissen: Jedes Prozent höhere Inflation erhöht das Gesamtsteueraufkommen bei gleichbleibender Wirtschaftsleistung um 10 Mrd. Euro. Die staatlichen Haushalte – und auch wir als Kommune – profitieren. Bei den Bürgerinnen und Bürgern jedoch schrumpft das erarbeitete Vermögen beträchtlich durch immer weiter sinkende Kaufkraft in Höhe der Inflation. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört eben auch zur Wahrheit.

Thema Personalkosten:

Bei den Personalaufwendungen haben wir neben einer bedeutenden Veränderung der Aufgabenstellungen und auch geschuldet durch entsprechende Tariferhöhungen, deutliche und teils ungebremste Steigerungen. Deshalb müssen wir uns mit der Höhe der Gesamt-Personalkosten ernsthaft auseinandersetzen.

Bereits 2021 haben wir eine allgemeine Betrachtung der Personalsituation im Rahmen der Haushaltrede beantragt. Dies wurde 2022 nur in einzelnen Bereichen umgesetzt. Daher gehen wir nun einen Schritt weiter und beantragen, eine externe Personalberatung mit der Überprüfung zu beauftragen, wie und ob in den jeweiligen Abteilungen der Arbeitsanfall und Personalstellen in ausgewogenem Maße gegenüberstehen. Hier erwarten wir eine Darstellung, wie eine entsprechende Umsetzung zu einem veränderten Personaleinsatz führen kann.

Denn wir als Stadt sind Dienstleister und die Bürgerinnen und Bürger müssen spüren, dass ihre Anliegen in einem zeitlich verträglichen Rahmen erledigt werden.

Wir bitten deshalb, 80.000 Euro für diesen Beratungsauftrag in den Haushalt einzustellen.

Thema Investitionen:

Hier sind Kombi-Bad und Rathaus-Sanierung sowie die Fertigstellung des Stegs durch frühere Beschlüsse gesetzt. Wird die Stadthalle energetisch und das Foyer – wie schon vor Jahren angedacht – saniert und erweitert? Wie ist hier der Stand der Dinge?

Die vorgeschlagenen Investitionen haben ein Rekordvolumen von 77 Millionen Euro. Hier sind erstmals Neuanmeldungen von Haushaltsresten des Jahres 2022 in Höhe von ca. 15 Millionen Euro enthalten.

Aber ganz ehrlich: Die Freien Wähler Aalen haben allerhöchste Zweifel, dass diese Volumina mit unseren vorhandenen Personalkapazitäten umgesetzt werden kann. Wir folgen deshalb unserer Kämmerin, zukünftig die geplanten Maßnahmen auf der Zeitschiene so darzustellen, wie sie auch personell umgesetzt werden können, und wie sie letztendlich auch finanzierbar sind.

Erinnern wollen wir an dieser Stelle aber auch, dass vorhandenes Anlagevermögen ständig gepflegt und verantwortungsvoll erhalten werden muss. Nennen wir es einfach Vermögenspflege, was zukünftig immer größere Bedeutung bekommen wird.

Thema Flächennutzungsplan:

Wir dürfen uns bei diesem wichtigen Thema nicht selbst die Hände fesseln, sondern müssen uns Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft eröffnen. Auch für uns kommt Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Aber ohne Außenentwicklung wird es eben bei dem prognostizierten Einwohnerzuwachs in unserer Stadt nicht gehen. Deshalb dürfen wir aber auch nicht so tun, als ob wir für alle Potenzialflächen im Entwurf des Flächennutzungsplans morgen die Baubeschlüsse fällen würden.

Wir werden dann bei den erforderlichen Grundstücksverhandlungen schnell feststellen, was geht und was nicht. Schon aus diesem Grunde müssen wir Alternativflächen vorhalten, um nicht jeglicher Preisforderung ausgesetzt zu sein.

Mit Bedacht und Umsicht muss man sich noch einmal mit dem Thema Gewerbeflächen auseinandersetzen. Hier ist unsere Fraktion der Überzeugung, dass wir in der Tallage noch weitere Gewerbeflächen als Potenzialflächen ausweisen müssen.

Thema Wohnen / bezahlbarer Wohnraum:

Das Thema bezahlbarer Wohnraum ist für unsere Fraktion ein alles überlagerndes Thema.

Bei der aktuellen Baupreissituation der überproportional steigenden Zinsen, der hohen Nebenkosten und der exorbitanten Inflationsquote wird es für immer mehr Menschen unmöglich, sich eine angemessene Wohnung leisten zu können. Bezahlbarer Wohnraum und somit Wohnen überhaupt wird, wenn wir nicht überzeugende Lösungen anbieten können, schnell zum sozialen Sprengstoff.

Wir haben ja auch deshalb durch Gemeinderatsbeschluss bereits im Jahr 2017 eine Quote zur Schaffung von sozialem Wohnraum festgelegt. Diese Quote haben wir vor wenigen Wochen bei den privaten Bauträgern auf 30 Prozent und bei der stadteigenen Wohnungsbau Aalen auf 35 Prozent erhöht.

Die Quote bei der Wohnungsbau Aalen ist unserer Fraktion aber immer noch deutlich zu niedrig. Wer sonst soll den ganz dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum schaffen, wenn nicht die stadteigene Wohnungsbau mit einem deutlichen Signal vorangeht?

Wir stellen deshalb den Antrag:

Die Quote zur Schaffung von sozialem Wohnraum bei der Aalener Wohnungsbau auf rechnerisch 50 Prozent zu erhöhen.

Selbstverständlich müssen dann auch die von der Wohnungsbau Aalen dringend zu sanierenden Altbauwohnungen, die nach der Sanierung in die Sozialbindung überführt werden, in diese rechnerische Quote von 50 Prozent mit einbezogen werden. Uns ist es wichtig, dass schnellstmöglich Sozialwohnungen zu bezahlbaren Preisen auf den Aalener Wohnungsmarkt kommen, ganz egal, ob Neu- oder Altbauwohnungen.

Thema Wohnen in den Teilorten:

Um die Innenentwicklung in den Teilorten voranzutreiben und den Generationswechsel in den Wohngebieten zu erleichtern, fordern wir bei der Bauentwicklungsplanung das Augenmerk auf den Geschosswohnungsbau in ausreichendem Maße zu lenken.

Es müssen hier ganz dringend seniorenfreundliche und barrierefreie Wohnungen geschaffen werden.

Thema Auf dem Weg zur Klimaneutralität:

Bekanntlich hat sich die Stadt Aalen durch Beschluss des Gemeinderats das Ziel gesetzt, bis 2035 klimaneutral zu werden, und damit mehr als gesetzlich gefordert zu leisten. Die Fraktion der Freien Wähler Aalen steht voll hinter diesem Projekt und dem damit verbundenen Aktionsplan.

Erneuerbare Energien, z. B. mit Hilfe von Photovoltaik, lassen sich nur in dem notwendigen Maß gewinnen, wenn auch möglichst alle Dächer von öffentlichen Gebäuden dazu genutzt werden. Wir hoffen, dass das Projekt „Zweites Landratsamts-gebäude“ beispielhafte Hinweise gibt.

Grünflächen für Photovoltaik zu nutzen, darf nicht an bevorzugter Stelle stehen. Vor dem Hintergrund des unsäglichen Ukraine-Kriegs müssen wir wieder mehr auf die Eigenproduktion von Nahrungsmitteln setzen. Versiegelte Flächen z. B. von Parkplätzen, von Fassaden müssen intensiver zur Stromgewinnung genutzt werden.

Unser Augenmerk müssen wir auch verstärkt auf den beschleunigten und vereinfachten Netzausbau richten. Die Verlässlichkeit der Einspeisung von EE-Strom, auch durch Private, ist noch völlig unzulänglich.

Wir stehen zur Stromerzeugung aus Windkraft mit effektiveren Anlagen.

Bei allem müssen wir die Wärmewende mitdenken, die uns teilweise vor noch größere Herausforderungen stellt. Auch hier hinkt das Land den eigenen Ansprüchen hinterher, denn in 8.000 Landesgebäuden gibt es erst etwa 50 Wärmepumpen.

Der Ausbau von Nah- und Fernwärmeprojekten muss dazu einen größeren Beitrag leisten.

Es wäre zu kurz gesprungen, wenn wir nur die Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energie im Blick hätten. Wo immer möglich, muss die Einsparung von Energie durch entsprechende Techniken und Materialien umgesetzt werden.

Mittelfristig fordern wir im Schulterschluss mit dem Ostalbkreis, der im Rahmen der aktuellen Wasserstoff-Initiativen als Partner an Projekten beteiligt ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir über entsprechende Pipelines an die geplanten Erzeugerstandorte von Wasserstoff angebunden werden.

Thema Bildung, Betreuung und Sport:

Unsere Kinder bilden das Fundament unserer Stadtgesellschaft. Ihre Förderung und Entwicklung bereits im frühen Kindesalter sind von enormer Bedeutung für das ganze Leben. Deshalb: Keine Einsparungen zu Lasten der frühkindlichen Bildung! Wir stehen dazu, benötigtes Geld in die Qualität und das Personal von Kitas und Betreuungseinrichtungen zu investieren.

Im Bereich „Sport“ unterstützen wir im Jahr 2023 eine weitere Optimierung der Sportförderung ganz im Sinne des vom Gemeinderat verabschiedeten gesamtstädtischen Sportentwicklungsplans.

Thema Digitalisierung / Smart City:

In Sachen Digitalisierung muss „das Rad nicht neu erfunden werden.“ Die städtischen Turn- und Festhallen müssen dringend mit WLAN ausgestattet werden. Dies war ja schon im Haushalt 2022 als Priorität zumindest für Dewangen und Unterkochen vorgesehen. Unterkochen ist inzwischen umgesetzt, doch es gibt noch weitere Hallen, die dringend versorgt werden müssen.

Gewerbegebiete sollten ebenso dringend an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Das Projekt „Smart City“ hat uns optimistisch in die Zukunft blicken lassen.

Auch für unsere Teilorte müssen finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um die in den verschiedenen Workshops gesammelten Ideen und sinnvollen Vorschläge umsetzen zu können.

Thema Mobilität:

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Mobilitätswende, bei der die Stärkung des ÖPNV im Vordergrund steht. Wir sind uns aber auch bewusst, dass viele Maßnahmen in einem größeren Kontext zu sehen sind und von den Vorgaben des Bundes und des Landes abhängen. Deshalb ist es sinnvoll, zusammen mit dem Ostalbkreis die Umsetzung anzugehen. Dazu gehören z. B. die Einführung von vergünstigten Tickets für verschiedene Personengruppen oder der Ausbau des Güterverkehrs mit Umladestationen von LKW auf die Bahn und umgekehrt.

Nicht weniger wichtig ist der zügige Ausbau von ausreichend vielen Ladestationen für Elektro-Autos. Die Strom-Netzinfrastuktur muss dringend dem deutlich steigenden

Bedarf angepasst werden. Nur so ist eine Klimaneutralität im Verkehrswesen bis 2035 zu erreichen.

Die Radinfrastruktur soll weiterhin kontinuierlich ausgebaut werden.

Für den Individualverkehr fordern wir insbesondere für die Innenstadt ausreichende Parkmöglichkeiten für Kunden, Mitarbeitende und Bewohner. Diese Forderung ist kein Widerspruch zur angestrebten Mobilitätswende. Aber auch E-Autos benötigen bekanntlich einen Parkplatz. Auch reaktivierter Wohnraum in der Innenstadt benötigt Parkmöglichkeiten für die zusätzlichen Innenstadtbewohnerinnen und -bewohner.

Das von unserer Fraktion schon seit Jahren ständig angemahnte und eingeforderte „Dynamische Parkleitsystem“ für Parkhäuser und Tiefgaragen (zur Eindämmung von unsinnigem Parksuchverkehr) muss endlich im Jahre 2023 installiert werden. Diese Forderung erheben wir hiermit zum Antrag.

Antrag:

Einrichtung eines „Dynamischen Parkleitsystems“ für Parkhäuser und Tiefgaragen in der Innenstadt.

Wie uns die schon geführten Diskussionen zum motorisierten Individualverkehr gezeigt haben, dürfen wir das Auto per se nicht verteufeln. Ein rücksichtsvolles Miteinander ist in einer Flächenstadt wie Aalen mit seinen vielen Ortsteilen und Gehöften anzustreben. Für unsere Teilorte fordern wir die Umsetzung fehlender Radwegeverbindungen, Mobilitätsstationen, überdachte Fahrradabstellplätze an hoch frequentierten Plätzen sowie Radwegemarkierungen. In Anlehnung an den in der Gemeinderatsitzung vom 30.06.2022 mehrheitlich gefassten Beschluss, sich der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten - eine neue kommunale Initiative für städteverträglichen Verkehr“ anzuschließen, fordern wir auch für die Teilorte eine zügige, auch im Hinblick auf die Klimaneutralität 2035, Umsetzung der Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h zumindest in den Ortsdurchfahrten.

Thema Kreiselbau:

Wir beantragen weiterhin, den von der Verwaltung in den Haushaltsplan fest eingeplanten Kreiselbau, bei der Bäckerei Eymann dahingehend zu untersuchen und zu prüfen, welche Leistungsfähigkeit der geplante Kreisel bei hohem Verkehrs-aufkommen insbesondere von der Hochbrücke bzw. zur Hochbrücke hat.

Bitte hierbei besonders die Ampeln an der Ziegelstraße und am Restaurant „Rauchfang“ berücksichtigen!

Schluss

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, am Schluss ganz einfach „Danke“ sagen:

- Ihnen, sehr geehrte Frau Faußner,
Ihnen, sehr geehrter Herr Barth mit Ihrem gesamten Team der Kämmerei für den vorgelegten Haushalt.
- Ihnen, den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für Ihre qualifizierte Arbeit, mit der Sie die großen Herausforderungen für unser Aalen jeden Tag aufs Neue meistern.
- Und natürlich Ihnen, Herr Oberbürgermeister Brütting,
- Ihnen, Herr Erster Bürgermeister Steidle, und
- Ihnen, Herr Bürgermeister Ehrmann
für Ihre gute, engagierte Arbeit – und auch für die große Geduld, die Sie uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäten gegenüber aufgebracht haben.

Ihnen, meine Damen und Herren im Saal, danke ich, dass Sie mir zugehört haben.

Haushaltsanträge der Freien Wähler Aalen

1. Personalberatung beauftragen, um veränderte Arbeitsvorgänge zu untersuchen und gegebenenfalls Planstellen anzupassen.
→ Haushaltsmittel von 80.000 Euro einstellen.
2. Erhöhung der Quote zur Schaffung von sozialem Wohnraum bei der Aalener Wohnungsbau auf rechnerisch 50 Prozent. Sanierte Wohnungen, die in die Sozialbindung überführt werden, werden in die Quote mit einbezogen.
3. Installation und Einrichtung eines „Dynamischen Parkleitsystems“ für Parkhäuser und Tiefgaragen in der Innenstadt.
4. Überprüfung des geplanten Kreiselbaus bei der Bäckerei Eymann bezüglich der Leistungsfähigkeit bei hohem Verkehrsaufkommen.